

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	nicht entschuldigt
Frau Anna Lüdcke	CDU	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz	SPD	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat	nicht entschuldigt
---------------------	-----------------	--------------------

Schriftführer/in:

Frau Franka Münster, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung**
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2021 / Feststellung der
öffentlichen Tagesordnung**
- 3 Haushalt 2022**
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 4.1 Städtekooperation zum fachlichen Austausch "Digitalisierung"
Vorlage: 21/SVV/0910
Fraktion Freie Demokraten
 - 4.2 Fachliches Gremium "Digitalisierung" für Umsetzung Smart City
Vorlage: 21/SVV/0919
Fraktion Freie Demokraten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung**

- 5.1 Umsetzungsvorschlag für ein Dialogforum mit dem Ziel, Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter zu stärken
Vorlage: 21/SVV/1009
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

6 Partizipation

- 6.1 Bericht des Beteiligungsrates
- 6.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung (Schlaatz 2030)
- 6.3 Information zur Weiterentwicklung des "Potsdamer Modells" zur Bürgerbeteiligung
- 6.3.1 Information
- 6.3.2 Diskussion
- 6.4 Umgang mit Petitionen - Zwischenstand
- 6.5 Information zur Neubesetzung des Beteiligungsrates

7 Digitalisierung

- 7.1 Information zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
- 7.2 Information zur Verbandsversammlung Zweckverband Digitale Kommune

8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rüniger, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 9 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Da die Niederschrift zur Sitzung vom 14.09.2021 noch nicht vorliegt, wird die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Frau Dr. Rüniger schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6.3 – 7.2 bis zur nächsten Sitzung am 11.01.2022 zurückzustellen. Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und **einstimmig bestätigt**.

zu 3 **Haushalt 2022**

Herr Exner, Bürgermeister und Beigeordneter des Geschäftsbereichs Finanzen, Investitionen und Controlling, führt eingangs aus, dass die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022 am 01.12.2021 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werde. Die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2022 sei wesentlich beeinflusst durch die Corona-Pandemie. Mit der Mitteilungsvorlage DS 21/SVV/0516 „Inhaltliche Leitplanken zur Haushaltsaufstellung 2022“ seien die Rahmenbedingungen und die Prämissen für die Haushaltsaufstellung dargelegt worden. Anhand der **als Anlage beigefügten Präsentation (I)** erläutert Herr Exner nochmals die inhaltlichen Leitplanken sowie notwendige Umschichtungen aufgrund von Zuschussbedarfen (Ergebnis der Umschichtungen bezogen auf den Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung: Reduzierung des Budgets um knapp 1 Mio. EUR). Er macht deutlich, dass kein Geschäftsbereich umfangreichere Kürzungen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund eines geringeren GB-Budgets vornehmen musste. Alle Geschäftsbereiche können im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ihre Projekte und Maßnahmen im Wesentlichen weitertragen. Schwer abschätzbar sei jedoch, wie sich insbesondere die Steuererträge und die Schlüsselzuweisungen des Landes entwickeln werden. Für das Haushaltsjahr 2021 rechne man derzeit mit 16,5 Mio. EUR weniger Steuereinnahmen und im Haushaltsjahr 2022 mit ca. 17,5 Mio. EUR weniger Schlüsselzuweisungen gegenüber der bisherigen Planung.

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereichs Zentrale Verwaltung, erläutert gemeinsam mit Frau Bojunga, Fachbereichsleiterin Kommunikation und Partizipation, sowie Herrn Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleiter E-Government, anhand der **als Anlage beigefügten Präsentation (II)** die für den Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung relevanten Projekte und Maßnahmen für die Haushaltsjahre 2022 – 2025, die in das Zielbild „Attraktive Arbeitgeberin und bürgernahe Dienstleisterin“ einzahlen.

In der sich daran anschließenden Diskussion beantwortet die Verwaltung Nachfragen der Ausschussmitglieder, insbesondere zur Zusammensetzung des Aufwands von 11,6 Mio. EUR für das Ziel der gesunden Mitarbeitenden (Folie 2 – Präsentation II), zu den Investitionen in die Bildungsinfrastruktur (IT-Ausstattung, Breitbandausbau an Schulen) und erläutert den Unterschied zwischen Aufwand und Invest. Bezüglich des Breitbandausbaus an Schulen weist Herr Jetschmanegg darauf hin, dass die Verwaltung hinsichtlich der Verfügbarkeit in erster Linie auf die Internetanbieter angewiesen sei. Gemeinsam mit dem Kommunalen Immobilien Service und dem Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur sei man in enger Abstimmung, um eine Form der Kooperation mit den Unternehmen zu finden und die technischen Voraussetzungen zu schaffen. Darüber hinaus sei die Verwaltung kontinuierlich dabei, mit den Anbietern vertraglich Breitbänderhöhungen zu vereinbaren. Außerdem nutze die Verwaltung alle Kanäle, wie bspw. das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

sowie den Brandenburgischen IT-Dienstleister (ZIT-BB), um auf landesseitige Regelungen zur Verbesserung des Breitbandausbaus hinzuwirken.

Herr Hübner erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Nutzung von Open-Source-Software.

Herr Jetschmanegg teilt mit, dass der aktuelle Sachstand der Stadtverordnetenversammlung am 01.12.2021 zur Kenntnis gegeben werde. Die Vorlage könne dann im Januar im PTD-Ausschuss vorgestellt werden; ebenso der Sachstand zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.

Abschließend wird vereinbart, dass die Verwaltung in der Januarsitzung des PTD-Ausschusses mit Beratung der Haushaltssatzung 2022 noch einmal detaillierter die Maßnahmen und Projekte des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, die zur Zielerreichung führen, vorstellt und darlegt, welche Maßnahmen / Projekte gegebenenfalls aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen nicht umsetzbar sind.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Städtekooperation zum fachlichen Austausch "Digitalisierung"

Vorlage: 21/SVV/0910

Fraktion Freie Demokraten

Frau Ney bringt den Antrag ein und legt dar, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag im Gegensatz zum Antrag „Städtepartnerschaft "Digitalisierung" mit Tallin, Estland“ DS-Nr. 21/SVV/0049 nicht um eine Städtepartnerschaft handele, sondern um einen fachlichen Erfahrungsaustausch mit Städten, in denen die Entwicklung digitaler Strukturen bereits weit fortgeschritten ist.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass der Antrag mit der DS-Nr. 21/SVV/0049 im PTD-Ausschuss bereits mehrfach diskutiert und letztlich abgelehnt worden sei. Der nun vorliegende Antrag sei inhaltlich quasi identisch; an der Grundtendenz der Diskussion ändere sich daher nichts. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Kooperationen im Rahmen des Vorhabens Smart-City.

Herr Tuntschew, Referent im Büro des Oberbürgermeisters, bekräftigt, dass die Intention des Antrages vollkommen richtig sei. Das Vorhaben Smart-City-Modellkommune biete jedoch neue Möglichkeiten der Vernetzung. Offen sei noch, mit welchen Städten die Landeshauptstadt Potsdam kooperiere sowie die konkrete Form der Zusammenarbeit. Im Rahmen von Smart-City sei die Bildung eines Digitalisierungsrats geplant. Hierbei handele es sich um ein Gremium – bestehend aus anerkannten Expertinnen und Experten –, das die Landeshauptstadt Potsdam auf ihrem Weg zur Smart-City-Modellkommune unterstützen und die Digitalisierung in einer Stadt des Wissenstransfers vorantreiben solle. Eine entsprechende Beschlussvorlage werde der Stadtverordnetenversammlung am 01.12.2021 vorgelegt.

Frau Ney **zieht** den Antrag im Ergebnis der Beratung **zurück**.

zu 4.2 Fachliches Gremium "Digitalisierung" für Umsetzung Smart City
Vorlage: 21/SVV/0919
Fraktion Freie Demokraten

Frau Ney **zieht** den Antrag aufgrund der Ausführungen unter TOP 4.1 **zurück**.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Umsetzungsvorschlag für ein Dialogforum mit dem Ziel, Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter zu stärken
Vorlage: 21/SVV/1009
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Herr Jekel, Fachbereichsleiter Wohnen, Arbeit und Integration, erläutert die Vorlage. Die Stadtverordnetenversammlung habe beschlossen, ein breit zugängliches Dialogforum zu Fragen des sozialen Wohnens in Potsdam einzurichten. Da in dem öffentlichen Dialogforum konkrete Ideen für Instrumente der Wohnraumversorgung entwickelt und diskutiert werden sollen, bestehe ein enger Bezug zur Fortschreibung des wohnungspolitischen Konzepts der Landeshauptstadt Potsdam. Eine Einbettung des Dialogforums in die Fortschreibung sei deshalb sinnvoll. Gemeinsam mit der WerkStadt für Beteiligung sei ein Beteiligungsprozess geplant. Im Rahmen einer Vergabe sei vorgesehen, dass in den Angeboten Vorschläge und Konzeptionen zur öffentlichen Beteiligung im Rahmen der Fortschreibung dargestellt werden.

Frau Dr. Müller erkundigt sich nach dem Stand des Beteiligungsprozesses.

Herr Jekel führt aus, dass das Vergabeverfahren möglichst noch in diesem Jahr abgeschlossen werden solle. An der Auswahl seien neben dem Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration auch der Fachbereich Kommunikation und Partizipation mit dem internen Teil der WerkStadt für Beteiligung sowie der Fachbereich Stadtplanung beteiligt. Die Auftaktveranstaltung sei für Ende des I. Quartals 2022 / Anfang April 2022 geplant. Für die Fortschreibung des Konzepts sei ein Zeitraum von eineinhalb Jahren vorgesehen. Der öffentliche Beteiligungsprozess solle sich über den gesamten Bearbeitungszeitraum erstrecken.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 6 Partizipation

zu 6.1 Bericht des Beteiligungsrates

Frau Dr. Rüniger informiert, dass die Amtsperiode des aktuellen Beteiligungsrates nach 2 Jahren ende und im Januar 2022 neu beginnt. Die Neubesetzung werde mit namentlicher Nennung der Mitglieder durch die Stadtverordnetenversammlung am 01.12.2021 beschlossen. Sie übergibt das Wort an Frau von Heyden-Hendricks, Mitglied des Beteiligungsrates.

Frau von Heyden-Hendricks berichtet insbesondere zur aktuellen Situation der Ortsbeiräte. Am 27.11.2021 sei ein gemeinsamer Workshop (Ortsbeiräte mit

Stadtverordneten und Verwaltung) geplant. Ziel ist, die Zusammenarbeit zu verbessern - dies sei sehr begrüßenswert. Darüber hinaus beschäftige sich der Beteiligungsrat aktuell u. a. mit folgenden weiteren Themen: Entwicklung Bahnhof Pirscheide, autofreie Innenstadt, Krampnitz-Verkehr und Beantragung von Baugenehmigungen. Abschließend nimmt sie Bezug auf die Neubesetzung des Beteiligungsrates. Wichtig sei den Mitgliedern, dass der Beteiligungsrat künftig diverser besetzt sei. Hier stelle sich die Frage, wie das künftig möglichst gut gelingen kann. Am 16.11.2021 finde die Auslosungsveranstaltung für die neuen Mitglieder der nächsten Amtsperiode 2022 – 2024 statt. Es seien zahlreiche Bewerbungen (*467 Stand bei Auslosung*) eingegangen. Sie regt an, eine Verlängerung der Amtsperiode auf 4 Jahre anzustreben. Dies solle für mehr Stabilität und könne zu einer verbesserten Arbeitsweise beitragen. Für die vergangenen 2 Jahre spricht sie der WerkStadt für Beteiligung ihren Dank aus. Die Unterstützung und Zusammenarbeit, insbesondere auch die Transparenz gegenüber dem Beteiligungsrat, sei sehr positiv hervorzuheben.

Frau Dr. Rüniger bedankt sich ebenfalls beim Beteiligungsrat für die bisherige Zusammenarbeit. Eventuell könnte künftig die Amtsperiode parallel zur Stadtverordnetenversammlung auf 5 Jahre ausgelegt sein.

Die Mitglieder des Ausschusses diskutieren abschließend über die generelle Zusammenarbeit von Beiräten / Räten mit der Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung sowie deren Einbindung, Rolle, Aufgaben und Wirksamkeit.

zu 6.2 Bericht der WerkStadt für Beteiligung (Schlaatz 2030)

Frau Pohle, Bereichsleiterin Partizipation und Tolerantes Potsdam, und Herr Schwarz, Projektkoordinator Bereich Stadterneuerung, stellen anhand der **als Anlage beigefügten Präsentation** den aktuellen Entwicklungsprozess Schlaatz 2030 vor. Sie gehen dabei näher auf die AG Partizipation, die Besetzung und Rolle des Planlabors und den Planungswettbewerb ein. Die ersten Beteiligungsschritte seien im Zeitraum von August – Oktober 2021 erfolgt. Hierzu zählen u.a. die Bekanntmachung des Projektes Schlaatz 2030 und die Einholung eines Stimmungsbildes unter den Einwohnerinnen und Einwohnern mittels Stadtteiltreffen, Befragungen und Durchführung einer Umfrage. Die Umfrageergebnisse und die Erkenntnisse für den weiteren Arbeitsprozess stellen sie ebenfalls vor. Im Zeitraum Dezember 2021 – Januar 2022 sei dann die gebundene Beteiligung (Vorprüfung des Preisgerichtes) geplant.

In der sich daran anschließenden Diskussion wird deutlich, dass das Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner an den Beteiligungsformaten bisher noch nicht zufriedenstellend sei – hier sei noch Potenzial. Wichtig sei, die Einwohnerschaft kontinuierlich zu informieren und sie möglichst über konkrete Aufgaben / Projekte vor Ort dafür zu gewinnen, sich zu beteiligen. Es wird zudem der Hinweis gegeben, eventuell die Wissenschaft einzubeziehen, um neue Formen der Beteiligung zu entwickeln.

Herr Jetschmanegg, Dezernent Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, legt dar, dass die Verwaltung bei der Entwicklung des Stadtteils Am Schlaatz eine besondere Form der Beteiligung kombiniere, die über das klassisch vorgegebene Planungsrecht hinausgehe. Man gehe hier mit gutem Beispiel voran, klar sei aber auch, dass das nicht überall in der Stadt umsetzbar sei.

Abschließend verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, dass geprüft werden solle, in welcher Form der PTD-Ausschuss kontinuierlich in den

Entwicklungsprozess eingebunden werden könne. Der Ausschuss sollte sich in seiner nächsten Sitzung am 11.01.2022 auch nochmals intensiver mit der Funktion des Planlabors befassen.

zu 6.3 Information zur Weiterentwicklung des "Potsdamer Modells" zur Bürgerbeteiligung

Zurückgestellt bis zur Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung am 11.01.2022.

zu 6.3.1 Information

Siehe TOP 6.3

zu 6.3.2 Diskussion

Siehe TOP 6.3

zu 6.4 Umgang mit Petitionen - Zwischenstand

Zurückgestellt bis zur Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung am 11.01.2022.

zu 6.5 Information zur Neubesetzung des Beteiligungsrates

Zurückgestellt bis zur Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung am 11.01.2022.

zu 7 Digitalisierung

zu 7.1 Information zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Zurückgestellt bis zur Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung am 11.01.2022.

zu 7.2 Information zur Verbandsversammlung Zweckverband Digitale Kommune

Zurückgestellt bis zur Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung am 11.01.2022.

zu 8 Sonstiges

Keine Themen



Fr. Dr. M. Runger
Ausschussvorsitzende

Fr. F. Münster
Schriftführerin